

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis: Vierteljahrs... 1,80 RM...

Anzeigenpreis: Die 6spaltige Zeile... 20 Pfennig...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 19. Oktober 1918. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Rückzug in Nordfrankreich und Belgien.

Die deutsche Antwort an Wilson. Der Text der deutschen Antwort an Wilson wird im Laufe des heutigen Tages seine Schlussredaktion erfahren...

Räumung von Ostende, Tourcoing, Roubaix, Lille und Douai — Neue Schlacht zwischen Dize und Le Cateau — Schwere Kampf bei Lifouville.

SHS Von Hermann Wenzel.

Wenn über einem ganzen Haus das Dach zusammenstürzt, redet man nicht mehr über die Einrichtung eines einzelnen Zimmers...

Keine Antwort an Oesterreich. Washington, 17. Oktober. (Reuter.) Amtlich wird mitgeteilt, dass an Oesterreich keine Antwort geschickt werden wird...

Westlicher Kriegsschauplatz. In den letzten Tagen haben wir Teile von Flandern und Nordfrankreich mit den Städten Ostende, Tourcoing, Roubaix, Lille und Douai geräumt...

Der österreichische Bericht. Wien, 18. Oktober. Amtlich wird verkündet: Italienischer Kriegsschauplatz. Westlich des Garda-Sees schlugen Abteilungen des Tiroler Landsturm-Bataillons 163 einen italienischen Vorstoß ab...

Lord Milners Hauptziel. Vernichtung des Militarismus — Befreiung aller Verantwortlichen — Die Waffe der englischen Gerechtigkeit.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf. Der Chef des Generalstabes.

Der Haager 'Nieuwe Courant' schreibt: Es muß für Präsident Wilson doch wohl ein eigenartiges Gefühl sein, daß seine Antwort an Deutschland von der Finanzpresse jubelnd begrüßt wurde...

Diese Niederhaltung der Südslawen ging glatt vonstatten, solange in ihre weltabgewandten dörflichen Höhlen nichts vom Zugwind der neuen Zeit hereinblies...

















Truppen nördlich der Oise an und drängen über Hofes waldiges Gelände im Osten von Bohain bis zu einer Tiefsenke vor über zwei Meilen vor und nahmen Andignoy-les-Fermes. Weiter im Norden nahmen sie die Selle-Linie an der ganzen Front westlich

#### Le Cateau

und machten Fortschritte im Höhenlande östlich des Flusses. Sie nahmen die Orte La Ballée, Mulaire und Labré de Guise (?). Am linken Flügel unseres Angriffes säuberten wir den Ortteil von Le Cateau vom Feinde und richteten uns an der Eisenbahnlinie jenseits der Stadt ein. Der Feind hielt seine Stellungen an unserer Angriffsfront mit 7 Divisionen und im Laufe des Tages unternahm er eine Anzahl entschlossener Gegenangriffe. Diese wurden in allen Fällen abgefochten und dem Feinde schwere Verluste beigebracht. Ueber dreitausend Mann wurden von uns bei diesen Operationen gefangen genommen. Bedroht durch die andauernden Fortschritte der Angriffe der Alliierten südlich der Senfée und nördlich der Lys, beschleunigte der Feind seinen Rückzug aus dem Bogen bei

#### Douai und Lille.

Heute drangen unsere Truppen in die Stadt Douai ein, nachdem sie den Widerstand der feindlichen Nachhut an Sauter de Lille kanalisiert gebrochen hatten. Truppen der 6. englischen Armee unter dem Befehl des General Birdwood schlossen heute, nachdem sie die feindlichen Nachhut mit großer Energie und Entschlossenheit seit diesen Wochen zurückgedrängt hatten, die Stadt Lille ein und nahmen sie.

#### Amerikanischer Heeresbericht vom 17. Oktober abends.

Schwere Kämpfe dauern an der ganzen Front an. Wir haben im Walde von La Grande Montagne, in der Gegend von Chamignolle und im Walde von Lapes (?) Gegenangriffe gebrochen. Unsere Truppen nahmen Grandpre, drangen darüber hinaus, verbesserten ihre Stellungen an der ganzen Linie und nahmen noch tausend Mann gefangen.

### Wilson's „gefährliche Sophismen“.

#### Noch immer Furcht vor deutscher Vorherrschaft.

Genf, 18. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Cochlin schreibt in der „Humanité“: Uebermäßige, bisweilen absurde Forderungen wurden gestellt. Willkürliche Gebietsverteilungen, Zuweisungen von Einflusszonen, kapitalistische Arrangements stehen dahinter. Wenn sie ausreicht bleiben, drohen die gefährlichsten Verwicklungen. Man kann nicht annehmen, daß Wilson die an die Spitze seiner 14 Punkte gestellte Verwerfung der Geheimverträge preisgibt.

„Populaire“ schreibt: Wilson ist zweifellos noch seiner hohen Moral, zu Kompromissen mit mehr oder weniger imperialistischen Regierungen gezwungen, er muß auch mit Roosevelts Anhängern rechnen. Wir geben mit ihm, soweit er seinen Ideen, die den unseren entspringen, treu bleibt. Die Bourgeois wünschen eine Revolution in Deutschland, doch zu Hause die Erhaltung ihrer Klassenherrschaft. Aber Revolutionen lassen sich nicht die Grenzen vorschreiben, sie können nur international sein. Denkt die französische Bourgeoisie an diese sicheren Rückwirkungen?

Der „Populaire“ weist weiter darauf hin, daß der Leitartikel des „Echo de Paris“, der die 14 Punkte Wilson's „gefährliche Sophismen“ nennt, zu Pichons, des französischen Außenministers, Intimen gehört.

Das „Journal des Debats“ stimmt höflich der „Post“ zu, die Wilson's Antwort eine Ohrfeige nennt. Die deutschen Reformen seien nur Anzeichen der Furcht, hinterlistig, die die Bedingungen des Waffenstillstandes mit keiner Nabe ändern können. Die Revolution der Slawen sei im Gange. Der Wiederaufbau Oesterreichs müde die russische Vorherrschaft erst in Mitteleuropa, allmählich aber in der ganzen Welt, herbeiführen.

### Friedensquertreiber.

Vor zehn Tagen ist der englische Passagierdampfer „Delfin“ in der irischen See torpediert worden. Er sank unter Menschenverlust. Der Fall wurde sofort in der englischen Presse zu heftigsten Angriffen verwertet. Jetzt wird Wolffs Bureau veranlaßt, amtlich folgendes mitzuteilen:

Die englische Zeitung „Evening News“ meldet, die englische Regierung sei im Besitz von Informationen, die den vollkommenen Beweis erbrächten, daß das U-Boot, das den Passagierdampfer „Delfin“ versenkte, mit dem genauen Befehl ausgestattet worden wäre, die zwischen England und Irland fahrenden Passagierdampfer zu vernichten. Das U-Boot habe diesen Befehl erhalten, nachdem der Reichslanzler Anfang der vorigen Woche seine Friedensnote an Wilson abgelehnt hatte. Das Blatt sagt, es sei wahrscheinlich, daß Wilson diese Tatsache bekannt war, ehe er die Antwort an Deutschland abgab.

Hierzu wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt: Die vorstehende Meldung der „Evening News“ ist frei erfunden und entspricht in keinem Punkte den Tatsachen. Sie wird, wie viele andere, gerade in letzter Zeit in der englischen und französischen Presse erschienenen Auslassungen offensichtlich nur verbreitet, um Deutschland in abfälliger Weise zu verächtigen und in den Reihen seiner Gegner für die Fortsetzung des Krieges Stimmung zu machen.

Das Gemischel in Kasan. Zu der kürzlichen Meldung eines Wiener Blattes über die angebliche Erschießung von fünf hundert reichsdeutschen Offizieren in Kasan durch die Tschecho-Slowaken erhält die „Wiener Reichspost“ von besonderer Seite die Abschrift eines Briefes des Arztes, welchem es als einzigen gelungen war, dem Gemischel in Kasan zu entfliehen. In dem Schreiben heißt es:

„Ich verständige Sie hiermit, daß in Kasan kein einziger deutscher Offizier ermordet wurde und soweit ich weiß, auch nicht auf anderen Plätzen. Die Stadt Kasan wurde am 6. August d. J. von den Tschecho-Slowaken erobert, aber so plüchlich, daß wir nicht mehr flüchten konnten. Am 8. August wurden die kriegsgefangenen österreichisch-ungarischen Ärzte verhaftet und nach zehn Minuten erschossen; nur mir war es gelungen, zu flüchten. Die Verhaftung und Erschießung geschah auf Befehl eines serbischen Offiziers namens Tscherevoino; die Tschuchen suchten sehr nach der reichsdeutschen Evakuationskommission, aber die Mission war schon weggefahren. Die Tschecho-Slowaken haben einen tiefen Haß gegen die Germanen und Magyaren. In Kasan waren keine reichsdeutschen mehr.“

Die neue Wera Paschitsch. Genf, 18. Oktober (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Revue“ veröffentlicht eine Mitteilung oppositioneller Serben gegen Paschitsch, der sich nur durch die Polizeibeamten nach Korfu, von wo sie nach Mazedonien und Serbien gehen. Oppositionelle werden in Mazedonien nicht zugelassen. Die serbische Polizei in Genf legte eine Liste solcher fernzuhaltenden Personen an. Paschitsch hat keine andere Stütze als den Nogenen Alexander und will seine Herrschaft auf den Bonnetten der Entente wieder errichten.

Japanische Sozialisten gegen die Intervention. Genf, 18. Oktober. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Sozialistengruppen in Tokio und Yokohama sandten der Sowjetregierung einen Protest gegen die Intervention, in der sie bedauern, daß sie nicht kräftig genug seien, sie zu verhindern.

### Reichstags-Sitzung am Dienstag.

Die nächste Sitzung des Reichstages findet Dienstag, den 22. Oktober, nachmittags 2 Uhr, statt.

### v. Waldow bleibt.

Mit Rücksicht darauf, daß ein Wechsel in der Leitung des Kriegsernährungsamtes zu Störungen führen könnte, welche bei der gegenwärtigen ernsten Lage nicht erträglich wären, hat, wie offiziell gemeldet wird, der Staatssekretär v. Waldow auf wiederholtes Ersuchen des Herrn Reichslanzlers sein Entlassungsgesuch zurückgezogen.

### Das Echo des Parteiaufrufs.

#### Eine Erklärung des Kriegsernährungsamtes.

Der Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes hat in der alldeutschen Presse das zu erwartende nichttönende Echo erweckt. Die „Deutsche Zeitung“ spricht von „Hetzstofflieferanten für die Feinde“ und nennt den Aufruf „einen an wüsten Schimpfereien und niederträchtigen Verleumdungen nicht zu überbietenden Angriff“. Ähnlich tönt es aus der übrigen alldeutschen Presse. Aber auch eine Amtsstelle führt sich gedrungen, gegen den Aufruf in die Schranken zu dringen. Das Kriegsernährungsamt, an dessen Spitze Herr v. Waldow ja ein für allemal aus technischen Gründen verbleibt, erläßt folgende Mitteilung:

In einem im „Vorwärts“ vom 18. Oktober veröffentlichten Aufruf des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei heißt es u. a.: „Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß agrarische Kreise durch Zurückhaltung der Lebensmittel die Schwierigkeiten der neuen Regierung erhöhen wollen“. Dem Kriegsernährungsamt sowie den ihm unterstellten Stellen und Behörden sind derartige Anzeichen nicht bekannt. Es muß vielmehr festgestellt werden, daß die Anlieferungen an Brotgetreide, Gerste und Hafer bis zum 17. Oktober trotz verspäteter und erschwerter Ernte diejenigen bis zum gleichen Tage des Vorjahres um 695 484 Tonnen überstiegen, und daß an Kartoffeln von selten der Landwirte den Abnahmestellen erheblich größere Mengen zur Verfügung gestellt sind, als nach Lage der Transportmittel zurzeit in die Städte abgerollt werden kann.

Das Kriegsernährungsamt ist in seinem Eifer zu weit gegangen. Es hat etwas widerlegen wollen, was niemand behauptet hat. In dem sozialdemokratischen Aufruf steht kein Wort davon, daß diese Zurückhaltung bereits eingesetzt hat, auch hätte sie sich kaum in so kurzer Zeit schon fühlbar machen können. Es ist vielmehr darauf hingewiesen worden, daß gewisse agrarische Kreise mit dem Gedanken spielen, mit dem Zurückhalten der Lebensmittel der neuen Regierung Schwierigkeiten zu machen. Hierfür sind allerdings Anzeichen vorhanden, und wenn diese Anzeichen dem Kriegsernährungsamt nicht bekannt sind, so ist das seine Sache, uns sind sie nichtsdestoweniger bekannt und werden uns alle Tage durch Meldungen aus dem Lande bestätigt.

### Die Konservativen und der Friedensschritt.

#### Gelegnetes Einverständnis.

Die „Kathl. Korz.“ hatte jüngst mitgeteilt, daß auch die konservative Reichstagsfraktion ihre Übereinstimmung mit dem Friedensschritt zu erkennen gegeben habe. Von der konservativen Presse war dies lebhaft bestritten worden. Darauf entgegnet jetzt die „Kathl. Korz.“, daß sie ihre Behauptung vollinhaltlich aufrecht erhalte. Wörtlich heißt es:

Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ sich darauf beruft, daß der Reichstagspräsident ausdrücklich nur die große Mehrheit des Reichstages für seine Zustimmung zu der Friedensaktion der Regierung in Anspruch genommen habe, so scheint sie von den Verhandlungen, die dieser Feststellung vorausgegangen sind, nicht unterrichtet zu sein. Wir wissen nicht, ob das bei einem Blatt von so guten Beziehungen zur konservativen Fraktion, wie sie die „Deutsche Tageszeitung“ besitzt, befreundlich oder nur erstaunlich ist.

Die konservativen Ablehnungsversuche waren also wohl nur ein Deckungsmanöver gegenüber den alldeutschen „Schmach“- und „Schande“-Rufen?

### Zur Wahl in Berlin I.

#### Eine unabhängige Vergeßlichkeit.

Das „Mittelungsblatt“ der Unabhängigen widmet dem Wahlaußfall in Berlin I eine lange Betrachtung, in der sich Sätze wie der folgende befinden:

Wenn also Genosse Müller über 500 Stimmen auf seine Person vereinigte, so ist das zwar nicht sehr viel, aber nach Lage der Dinge immerhin eine beachtenswerte Erscheinung, daß selbst im Schloßwahlkreis 600 Leute für uns votierten.

Allerdings ist es ganz beachtenswert, mit welcher Frigidität hier das tägliche Resultat von 513 Stimmen rasch nach oben auf 600 abgerundet wird. — Aber die Antwort auf die Hauptfrage sucht man in dem Artikel des „Mittelungsblattes“ vergebens: Wie gedanken sich die Unabhängigen bei der Stichwahl zu verhalten?

### Eine Protesterklärung der Gewerkschaften.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlicht die folgende Erklärung:

„Die Regierungsorgane berichten unter dem 16. Oktober, daß Robert Schmidt zum Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt und Dr. August Müller zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt ernannt worden sind.“

Die Generalkommission hatte am 15. Oktober Kenntnis von dieser beabsichtigten Ernennung bekommen. Sie beschloß einstimmig, bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Einspruch dagegen zu erheben, daß Dr. A. Müller zum Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt vorgeschlagen wird. Die Fraktion hat mit 23 gegen 12 Stimmen beschlossen, es bei den Vorschlägen des Fraktionsvorstandes zu belassen und somit den Protest der Generalkommission nicht zu berücksichtigen.

Diese Haltung der Parteinstanzen ist im höchsten Grade befremdend. Im Reichswirtschaftsamt stehen Fragen zur Entscheidung, die den Aufgabenkreis der Gewerkschaften in besonderem Maße betreffen. Ohne dem Entscheidungsrecht der Partei zu nahe zu treten, dürfen die Gewerkschaften auf Grund der Mannheimer Abmachungen fordern, daß auf die von ihnen vertretenen Arbeiterinteressen gebührend Rücksicht genommen wird. Das ist mit der Wahl des Herrn Dr. August Müller nicht geschehen, der in seiner bisherigen Tätigkeit sich als Gegner der gewerkschaftlichen Forderungen erwiesen und vielfach im Widerspruch mit den Arbeiterinteressen gehandelt hat.

Entgegen der ursprünglich verkündeten Absicht, Robert Schmidt in das Reichswirtschaftsamt zu berufen, ist dieser nun an die

Stelle Doktor Müllers in das Kriegsernährungsamt gebracht worden. Die Gewerkschaften sehen diesen Verufenungen fern; die Verantwortung fällt ausschließlich auf die Parteinstanzen.“

### Der kastrierte Arndt.

„Die Sprache eines Arndt und eines Fichte tut uns sehr not“, so konnten wir letzter Tage wiederholt in alldeutsch-konservativen Blättern lesen. Offenbar haben die reaktionären Herrschaften keine Ahnung, wer Arndt und Fichte eigentlich gewesen sind, sonst würden sie nicht so leichtfertig ihre Schatten jätieren. Der sozialkonservative „Post“ ist es eben erst mit Ernst Koch Arndt recht böse ergangen. Sie wollte an der Spitze ihrer Unterhaltungsabteilung einen Bers aus dem bekannten „Der Gott der Eisen wachsen ließ“ dem Publikum zur Erhöhung der Begeisterung vorsehen und wählte der Strophe: „Lacht drausen, was nur drausen kann“. Aber sie kam nur bis zu den Zeilen:

Und hebt die Herzen himmelan  
Und himmelan die Hände!

Dann koste ihr der Atem. Die beiden Schlußzeilen der Strophe blieben weg. Sie lauten nämlich:

Und ruft alle, Mann für Mann,  
Die Auechenschaft hat ein Ende!

Welche Streichungen wird die „Post“ aber erst machen müssen, wenn es ihr gar beifallen sollte, Johann Gottlieb Fichte zu zitieren, jenen Fichte, den der Freiheitskampf führen wollte für das wahrhafte Reich der Freiheit, gegründet auf „Gleichheit aller Wesen, was Menschenanfällig trägt!“ Da könnte ihr erst einmal klar zum Bewußtsein kommen, wie wenig die alldeutsch-reaktionäre Denkart von 1918 mit dem Freiheitsgeist der Besten von 1818 zu tun hat!

### Volksfeinde im Zentrum.

Die „Germania“ teilt jetzt die Namen der Reichstagsabgeordneten mit, die in der Fraktions-Sitzung des Zentrums eine Erklärung gegen die parlamentarische Regierung abgegeben und diese Erklärung nachher veröffentlicht haben. Außer dem Freiherrn v. Frankenstein, der die Erklärung verlas, handelt es sich um die Abgeordneten Graf Galen, Fritz v. Herderind-Borg, Fritz v. Kretin, Graf Sandigell, Graf Ragnis, Fürst Salm-Reifferscheidt und als einzigen Bürgerlichen der bayerische Jurist Dr. Pfleger.

Die „Tremontia“ berichtet, daß die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses „plötzlich eibrieflich“ einberufen worden ist, um nach den Vorgängen im Herrenhause einen schnellen Entschluß zugunsten des gleichen Wahlrechts herbeizuführen. Bekanntlich hat ein volles Drittel der Zentrumsfraktion mit den ärgsten Wahlrechtsfeinden um Heydebrand und Lohmann gestimmt.

Verlängerte Zeichnungsfrist für die Kriegsanleihe. Die Frist für die Annahme der Zeichnungen auf die neunte Kriegsanleihe ist um 14 Tage, d. h. bis einschließlich den 6. November verlängert worden. Die Zeichnungs- und Vermittlungsstellen werden vom Reichsbankdirektorium mit näheren Anweisungen versehen werden.

Alldeutscher Schwindel. „Deutsche Tageszeitung“ und „Tägliche Rundschau“ behaupten, der „Vorwärts“ habe gegenüber den alldeutschen Demonstrationen am Eisernen Hinderburg „die Polizei zur Hilfe gerufen“, bzw. „ihre Eingreifen mit Bedauern vermist“. Demgegenüber stellen wir fest, daß wir wörtlich im Leitartikel vom 12. Oktober geschrieben haben:

Wir sind weit entfernt, gegen das alldeutsche Treiben die Polizei zu Hilfe zu rufen, die sich ja auch am Mittwoch nicht hat sehen lassen. Aber selbst wenn sie zur Stelle wäre, würden wir unter dem Schutze der Polizei stehen. Wir appellieren gegenüber den alldeutschen Madenschäften an die Wachsamkeit des Volkes.

Einen Hilfruf an die Polizei kann aus diesen Zeilen nur machen, wer im Volke die der untersten deutschen Berlogenheit ist.

### Letzte Nachrichten.

#### Graf Tisza erklärt den Krieg für verloren.

Budapest, 17. Oktober. Abgeordnetenhause. Während der Aussprache über die gestrige ministerielle Erklärung hielt Graf Tisza eine Rede, in der er sagte: Wir müssen offen zugeben, daß wir den Krieg verloren haben, nicht aus dem Gesichtspunkte, als ob wir nicht weiter durchhalten und durch heldenmütige Verteidigung erzwungen könnten, daß der Feind den endgültigen Sieg sehr teuer bezahlen müßte. Wir haben den Krieg in der Hinsicht verloren, daß wir infolge der unbehaltensmäßigen Verschlebung der Kräfteverhältnisse keine Hoffnung mehr besitzen, den Krieg zu gewinnen, so daß wir den Frieden anstreben unter Bedingungen, die wir unter solchen Verhältnissen annehmen können. (Lebhafte Zustimmung.) Demzufolge kann ich es nur billigen, daß wir im Winternehmen mit unserem deutschen Bundesgenossen den Frieden auf Grund der Wilson'schen 14 Punkte und Zusatzpunkte angeboten haben. Mit der Tatsache allein, daß wir uns auf die Grundlage der vierzehn Punkte Wilson's gestellt haben, ist die Aenderung und Neuorientierung unserer auswärtigen Politik, von der Graf Korotki gestern gesprochen hat, gegeben. Das Wilson'sche Prinzip beruht ja auf dem Völkerverbund und schließt jedes besondere Bündnis aus. Die Einrichtung des Völkerverbundes macht ja das System der besonderen Bündnisse überflüssig. Und hat das Bündnisystem, dessen treue Mitglieder wir waren und auch sein werden, solange das Bündnis bestehen wird, die Gefahr hineingetrieben, nämlich die Eroberungsabsichten der aggressiven russischen Autokratie, eine Gefahr, die, Gott sei Dank, aufgehört hat. Die Beseitigung dieser Gefahr muß als sehr bedeutsamer aktiver Posten dieses durchführbaren Weltkrieges gebucht werden. (Großer Beifall und zahlreiche Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Die Aufgabe, die unser ohne Unterschied der Parteien herri, ist, den Frieden, den wir auf Grund der vierzehn Punkte Wilson's schließen wollen, für die ungarische Nation möglichst vorteilhaft zu gestalten. (Lebhafte Zustimmung auf beiden Seiten des Hauses.) Wir sind es dem guten Rufe der ungarischen Nation schuldig, zu betonen, daß die aus den Verhältnissen sich ergebende Neuorientierung unserer auswärtigen Politik nichts in sich begriffen kann, was als Trennschritt gegen unseren deutschen Bundesgenossen gedeutet werden könnte. (Stürmischer Beifall rechts im Zentrum und links.) Im Winternehmen mit unseren deutschen Bundesgenossen haben wir uns auf die Grundlage dieses neuen Prinzips gestellt. Das kann alles eher sein, als ein feindseliger Schritt gegen unseren Bundesgenossen im Gegenteil.

Der Redner sprach seine Überzeugung aus, daß auch bei dieser Neuorientierung der Völker wir uns bei zahlreichen Anlässen, bei zahlreichen gemeinsamen Punkten mit unseren deutschen Bundesgenossen zusammensetzen werden. (Stürmischer Beifall rechts im Zentrum und links.) Graf Tisza besproch hierauf die Nationalitätenfrage.

#### Die Grippe.

München, 18. Oktober. Die Grippe breitet sich hier immer weiter aus. Die Zahl der Gesamtcrankungen wird auf 25 000 bis 30 000 geschätzt. Die Zahl der an Grippe erkrankten Volksschüler ist auf etwa 7000 gestiegen. Infolgedessen werden beschloffen, vom Montag, den 21. Oktober, die Schulen auf acht Tage zu schließen.

# Gewerkschaftsbewegung

## 7. Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 16. Oktober 1918.

Ueber Karthoffeln und Feuerungsanlagen referierte Sekretär Staudinger; in einer angenehmen Resolution nimmt der Verbandstag mit Genehmigung davon Kenntnis, daß sich nunmehr auch der Deutsche Steinindustrieverband ohne jegliche Einschränkung für die Schaffung von Einzelidentifikationsausweisen hat.

Die Debatte über das „Karthoffeln und Feuerungsanlagen“ fällt nach die ganze Verhandlung aus, da die einzelnen Redner gleichzeitig einen Situationsbericht aus ihrem Wirkungsbereich gaben. Im Schlußwort betonte Staudinger, daß bereits vor einiger Zeit der Vorstand sich an das Wirtschaftskomitee gewandt habe, um eine Normalisierung der Besätze in die Wege zu leiten. Der Staatssekretär habe in seiner Antwort erklärt, daß der Antrag dem Normenausschuß übergeben sei, damit derselbe ihn unter anderem auch dem deutschen Städtetag vorlegen könne.

Staudinger erläuterte dann das dem Verbandstag gebucht vorliegende „Arbeitsprogramm“, worin kurz skizziert ist, nach welchen Richtlinien der Verband arbeiten will. Sie erstrecken sich auf folgende Gebiete: Ausbau des Verbandes, Erhöhung der Feuerungsanlagen, Karthoffeln und allgemeine Lohnfragen, statistische Erhebungen, Arbeiterschutz, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Arbeitsvermittlung, Wahrung der Freizügigkeit, Beihilfsfrage, Förderung der Steinindustrie, Vergütung von staatlichen und kommunalen Arbeiten, Wohnungsverhältnisse der Steinarbeiter und Forderungen an die Gewerkschaft. — Der Verband stimmt diesem Arbeitsprogramm nach kurzer Debatte einstimmig zu.

Als Mitglied des Steinarbeiterverbandes, berichtet über Bestrebungen seiner Organisation zur Ausdehnung des Ammendungsgebietes des sogenannten Kleinspalters, eine Tätigkeit, die zugleich im Interesse der Steinindustrie liegt. — Weiter finden diese Bestrebungen bei den Unternehmern der Steinindustrie nicht das nötige Verständnis. Er appelliert deshalb an die Bruderorganisation, eben den Steinarbeiterverband, diesen im gemeinsamen Interesse gelegenen Bestrebungen ein größeres Interesse entgegen zu bringen.

Ueber „sozialpolitische Forderungen“ sprach Staudinger. In scharfen Worten vertrat er die Forderung auf Verfestigung von Arbeiterkontrollen. Weiter verlangt der Verband, daß die Reichsregierung die Berufskontrollen für alle Arbeiter der Steinindustrie als Gewerkschaften im Sinne des § 547 der Reichsverfassung anerkenne. Weiter wird verlangt, daß die Bundesratsbeschlüsse auf die gesamte Steinindustrie ausgedehnt werden.

Heinle, Vertreter der Arbeiterschulskommission, sprach sich ebenfalls eingehend zur Arbeiterschulfrage aus.

Leipzig, 17. Oktober 1918.

Den Bericht der Städtischen Kommission erhaltete Die- wig-Hommes. Danach hat die Kommission sich auf die Vorstandsbeschlüsse geeinigt. Der Beitrag soll in der 1. Klasse von 70 Pf. auf 1 M., in der 2. Klasse von 80 Pf. auf 80 Pf. und in der 3. Klasse von 90 Pf. auf 90 Pf. heraufgesetzt werden. Die Unterstufung bei Stroh- und Holzregalung wird in der 1. Klasse um 6 M., in der 2. Klasse um 5 M. und in der 3. Klasse um 4,50 M. erhöht. Ebenfalls ist die Entwässerungs- und Sickerunterstützung um wenigstens erhöht worden.

Die Erhöhe der Beitragszahlung tritt mit dem 1. Januar 1919, die Auszahlung der erhöhten Unterstufungen jedoch erst mit dem 1. Januar 1920 in Kraft. Beschlossen wurde weiter:

Die Beiträge über die Kriegsbeschädigtenfürsorge sollen jedem Tarifabschnitt als Anhang beigegeben werden. Es ist ferner mit dem „Verbande Deutscher Steinwerke“ sowie mit dem „Deutschen Steinindustrieverbande“ ein gemeinsames Komitee zu treffen.

Zum Arbeitskommissioner wurde eine Resolution angenommen, in der ausgesprochen wird, daß die Steinarbeiter auf eine berufliche Weiterbildung verzichten, da dadurch die Aufgaben der Arbeitskammer von bombastisch stark beschränkt würden. — Ueberdies ist es erwägenswert, ob sich nicht infolge der eingetretenen politischen Veränderungen empfiehlt, die ursprüngliche Forderung der Gewerkschaften: „Schaffung von Arbeiterkammern“ hochzuhalten. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands soll unverzüglich dementsprechend informiert werden und diese Frage einer neuen Prüfung unterziehen.

Von einer Vorstandswahl wurde Abstand genommen und bestimmt, daß die bisherigen Vorstandsmitglieder bis zum nächsten Verbandstag ihre Posten weiter auszufüllen haben.

Ueber „Steinindustrie und Handelsverträge“ wird eine Resolution kurz von Staudinger begründet:

Die organisierten Steinarbeiter können nicht mehr unbedacht an den zukünftigen Handelsvertragsverhandlungen vorbeigehen. Vor dem Kriege hatte ein Teil der Vertragsstaaten mit Deutschland, sowie besonders Belgien- und Niederlande in Frage kommen, sehr hohe Zollsätze festgesetzt. Dadurch wurde der deutschen Steinindustrie die Exportmöglichkeit sehr erschwert, hauptsächlich wurden die Arbeiter in den Granitabbauwerken ganz bedeutend geschädigt. Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands verlangt, daß bei den zukünftigen Handelsvertragsverhandlungen durch die deutsche Regierung seine Vertreter, sowie die Steinindustrie in Frage kommt, als Sachverständige frühzeitig gehört werden. — Damit sind die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

### Gewerkschaftsmitglieder!

Die Karteninhaber zur Theatervorstellung im Theatervorhaus, Kommandantenstr. 57, am Sonntag, den 20. Oktober, werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Vorbestellung pünktlich 2 1/2 Uhr stattfindet.

Die Auslosung der Plätze beginnt um 1 1/2 Uhr. Es wird gebeten, recht pünktlich zu erscheinen, damit jede Störung vermieden wird. Theatergetreide sind bei den Theatervedienern zum Preise von 20 Pf. zu haben. Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung.

### Gegen den vermeintlichen Streikführer.

In der Schraubenfabrik von Wolf legte ein großer Teil der Schraubenverarbeiter die Arbeit nieder, weil ihnen die Arbeitslöhne zu niedrig waren und die Firma eine Zulage nicht bewilligen wollte. Als die Arbeiterinnen die Fabrik verließen, wurde der Streikführer durch die Arbeiterinnen zum Streik aufgehetzt. Vor dem Gewerbeamt konnte der Streikführer auf Zahlung von 300 M. wegen Verleitung zum Streik verurteilt werden. Der besagte Fabrikant glaubte sich zur sofortigen Entlassung berechtigt, weil der Entlassene die Arbeiterinnen zum Streik aufgehetzt habe. Dieser Nachweis gelang dem Kläger aber nicht. Seine Frauinnen gaben an, daß ihnen der Kläger nur gesagt habe, welche Löhne bei einer anderen Firma gezahlt werden. Da diese Löhne wesentlich höher seien als die, welche sie bei Wolf erhielten, seien sie aus eigenem Entschluß vorgegangen.

Das Gericht beurteilte den Beklagten, dem Kläger die geforderten 300 M. zu zahlen.

### Forderungen der Zigarettenkartonarbeiterinnen.

Die im Buchbinderverband organisierten in den Berliner Zigarettenfabriken beschäftigten Kartonarbeiterinnen und Arbeiterinnen nahmen am Mittwoch Stellung zur Frage der Lohnverhöhung. Der Referent Klara führte aus, daß die Lohnverhältnisse dieser Berufsgruppe hinter der Steigerung der Lebensmittelpreise weit zurückgeblieben sind und deshalb einer Aufbesserung bedürfen. Nach

dem im Januar aufgenommenen Statistik betragen die Löhne in der Zigarettenfabrikation der Zigarettenfabrik Garbatz für Arbeiter durchschnittlich 50,95 M. Dazu kam dann im Herbst eine Erhöhung der Feuerungszulage um 15 Proz., was 7,65 M. ausmacht. Der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen betrug 20,95 M., dazu kommt die Erhöhung der Feuerungszulage um 8,15 M. Die in diesem Jahre durch einen Schiedsspruch des Einigungsamtes herbeigeführte Erhöhung der Feuerungszulage wird dem gleichen Betrag, also 7,65 M. für Arbeiter und 8,15 M. für Arbeiterinnen, ergeben. In diesem Betriebe findet wegen der ungewöhnlich niedrigen Löhne ein häufiger Wechsel der Arbeitskräfte statt. Der Referent befürwortete eine allgemeine Aufbesserung der Löhne und mit Rücksicht auf die durch mangelhafte Ernährung geschwächte Arbeitskraft eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit, die jetzt durchschnittlich 50 Stunden beträgt.

Die Versammlung beschloß die Ortsverwaltung des Buchbinderverbandes, den Zigarettenfabrikanten folgende Forderungen einzubringen: Erhöhung der Löhne um 100 Proz., Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 48 Stunden ohne Verminderung des Wochenlohnes.

### Lohnausfall wegen Kohlenmangel.

Auf Grund einer Bundesratsverordnung vom 31. Januar 1918 soll den Arbeitern Kriegswichtigen Betrieben, wenn sie wegen Kohlenmangel ihren Lohn nicht zahlen können, für die Feiertage sieben Zehntel ihres durchschnittlichen Lohnes gezahlt werden. Die Zahlung soll dem Arbeitgeber aus Reichsmitteln erstattet werden. Unter Berufung auf diese Verordnung klagte ein Arbeiter bei der Kammer 5 des Berliner Gewerbegerichts auf Bezahlung einer größeren Zahl von Feiertagen, die er in den Monaten April, Mai und Juni gearbeitet hatte. Der Unternehmer verwagerte die Bezahlung unter der Bedingung, die Bundesratsverordnung verpflichte ihn nicht zu zahlen, es sei sein freier Wille, ob er die Feiertage bezahlen wolle. Wenn er zahle, dann bekomme er allerdings Vergütung aus Reichsmitteln. Er habe, weil ihm infolge des Kohlenmangels große Aufträge entzogen worden seien, einen Materialschaden von 200 000 M. gehabt. Es könne ihm nicht zugemutet werden, auch noch den Lohnausfall aus seiner Tasche zu zahlen, da er nicht wisse, wann er das Geld von der Behörde zurückbekomme. Den Antrag auf Erstattung des Lohnausfalles habe er beim Magistrat eingereicht, die Prüfung und Erledigung des Antrages, der mehrere Behörden zu passieren habe, nehme sehr viel Zeit in Anspruch. Sobald er das Geld bekommen habe, werde er dem Kläger sowie den anderen Arbeitern den Lohnausfall zahlen.

Das Gericht beurteilte den Beklagten zur Zahlung des Lohnausfalles in der von ihm anerkannten Höhe. Die Urteilsbegründung sagt, der Kläger hat gegenüber der Firma einen Rechtsanspruch auf Zahlung von sieben Zehntel seines durchschnittlichen Lohnes für den durch Kohlenmangel verursachten Ausfall. Der Arbeiter braucht nicht zu warten, bis die Behörden den Schaden festgestellt und entschieden haben. Der Arbeitgeber hat den Betrag auszuliegen und kann ihn sich von der Behörde erstatten lassen.

## Parteinachrichten.

Mit dem Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung beschäftigte sich die Bremer Arbeitervereinsgesellschaft in einer Versammlung. Nachdem die Genossen Waigand, Donath und Riendorf dafür, ein Genosse dagegen gesprochen hatte, wurde gegen eine Strausene folgende Entschließung angenommen:

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Parteivereins Bremen erklärt ihr Einverständnis mit den Beschlüssen der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes; sie billigt den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung.

Die Versammlung erwartet, daß die Forderungen der Sozialdemokratischen Partei, die diese vor dem Eintritt in die Regierung gestellt hat, durchgeführt werden. Die Demokratisierung des Reiches, die Einführung des allgemeinen, gebühren- und direkten Wahlrechts in allen Bundesstaaten sind die wichtigsten Forderungen. Nur durch die politische Neugestaltung Deutschlands wird es möglich sein, die Wunden des Krieges zu heilen, den zurückgebliebenen Kriegern und ihren Familien den notwendigen finanziellen Schutz und die Unterstützung zu sichern. Gefordert wird ferner weitestgehende Amnestie wegen politischer Verurteilungen.

Mit den Friedensschritten der Regierung einverstanden, erwartet die Versammlung, daß auch weiterhin alles geschieht, um zu einem baldigen, gerechten Frieden auf der Grundlage des Völkerbundes zu kommen.

Die Versammelten verpflichten sich, für die Erreichung des gleichen Wahlrechts in Bremen alle Kräfte einzusetzen, den politischen Organisationen der Reaktion und ihrer Presse energisch entgegenzuarbeiten und für die Gewinnung von Mitgliedern für den Sozialdemokratischen Parteiverein und Exponenten für die „Draht-Wagen-Zeitung“ tätig zu sein.

### Vom Aufstieg der Parteipresse.

Trotz des Boykotts der „Unabhängigen“ und trotz der Erhöhung des Verkaufspreises um 20 Pf. hat sich der Abonnentenstand der „Düsseldorfer Volkszeitung“ seit dem 1. Oktober um mehr als 1000 erhöht. Noch stärker ist der Aufstieg unseres Parteiwochenblattes, der „Düsseldorfer Freien Presse“, die seinerzeit gegründet wurde, weil die „Unabhängigen“ das Parteiblatt in die Hände bekommen hatten, und die jetzt im weitestenden im Straßenhandel vertrieben wird. Die Auflage der „Düsseldorfer Freien Presse“ ist in den letzten drei Wochen um 2000 gestiegen; noch weitergehenden Anforderungen der Straßenhändler an die Lieferung von Zeitungen konnte wegen der Papierkontingentierung nicht entsprochen werden.

Das Kasseler „Volkblatt“ wird jetzt im eigenen Betriebe hergestellt. Am 1. Oktober kam durch Kauf die Buchdruckerei Gutenberg, in der das Blatt bisher gedruckt wurde, in den Besitz unserer Partei. Mit dem Übergang in Parteibesitz trat für das Personal der Druckerei der achtstündige Arbeitstag in Kraft, ein Fortschritt, der von Setzern und Druckern freudig begrüßt wurde.

## Industrie und Handel.

### Die Börse.

Die Börse war dank der besonders am Montanmarkt ziemlich weitgehenden Interventionstätigkeit des Banklenkungsamtes ziemlich beruhigt. Doch schwächten sich die Kurse im späteren Verlauf wieder ab. Am Kassanmarkt sinken die Kurse weiter ins Bodenlose. Von mehr als der Hälfte aller Werte ist seit drei Tagen keine Notierung zustande gekommen.

Bemerkenswert ist die Festigkeit der österreichischen und besonders ungarischen Renten, die in Erwartung eines raschen und ziemlich reibungslosen Friedens der Donaumonarchie gekauft werden.

### Wo bleibt die Reichsbank?

Der Magistrat von München gibt, einem Drahtbericht des „Volk-Anz.“ zufolge, zum 21. November 10 Millionen sächsisches Papiergeld in Pfund- und Zehnmarktscheinen heraus.

Solange Städte ein Notgeld in kleinen Abkanniten oder auf kurze Frist herausgeben, läßt sich dagegen wenig einwenden. Mit der Ausgabe von 10 Millionen Mark sächsischen Geldes in so großen Abkanniten und in so großen Mengen übernimmt München eine Aufgabe, die nur der Reichsbank zusteht.

### Bericht bei Dividendenhoffnungen.

Berlin, 18. Oktober. Die Aeg gibt bekannt, daß von ihrer Seite keine wie immer geartete Neuherung über die zu erwartende Dividende erfolgt ist. Eine solche Neuherung verbietet sich schon deshalb, weil der Abschluß dem Aufsichtsrat noch nicht vorgelegen hat.

Die Erklärung wäre besser zu der Zeit erfolgt, da die Kurse getrieben wurden, als jetzt, da sie ohne Rückhalt zu sinken scheinen.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Der Abschluß der „Sarsitt“, Schokoladen- und Kakao-Industrie A.-G. in Berlin ergibt einen Betriebsergebnis von 2 891 195 M. (i. V. 3 290 305). Nach Absetzung aller Unkosten mit 1 282 385 M. (i. V. 1 121 744), sowie nach Abschreibungen von 364 680 M. (1 182 687) auf Gebäude, sowie auf Maschinen- und Fabrikeinrichtungen ist einschließlich Vortrag ein Reingewinn verfügbar von 1 243 757 M. (1 180 214). Daraus sollen, wie bereits gemeldet, 20 Proz. Dividende (i. V. 15 Proz.) auf 4 1/2 Millionen Mark Aktienkapital verteilt werden. Die Verwaltung führt im Geschäftsbericht aus, die Umstellung auf die Nahrungsmittelherstellung sei dadurch erleichtert worden, daß sich die für die Schokoladenfabrikation vorhandenen Maschinen fast durchweg für die Herstellung von Nahrungsmitteln eignen. Durch Anspannung aller Kräfte gelang es, einen im Verhältnis zum Aktienkapital bedeutenden Umsatz zu erzielen und so trotz des angeblich geringen Verdienstes, den der von den Reichsstellen für die jeweiligen Artikel vorgeschriebene Erzeugerpreis gewährt, ein günstiges Ergebnis aufzuweisen. Allerdings hat dazu beigetragen, daß auf Abschreibungen für die Gebäude 788 818 M. weniger als im Vorjahr beansprucht wurden, da die Maschinen- und Fabrikeinrichtungen bereits bis auf 1 M. abgeschrieben waren. Die Herstellung von Zuckermarzen war der gleichen Einschränkung wie im Vorjahr unterworfen. Zurzeit ist das Unternehmen mit der Herstellung von Nahrungsmitteln ausreichend beschäftigt. Aus der Bilanz geht hervor, daß die Debitoren 5,26 (i. V. 5,9) Millionen Mark betragen. Wertpapiere sind mit 5,68 (5,24) Millionen Mark beziffert. Kreditoren haben 11,34 (6,66) Millionen Mark zu verbuchen.

### Verlängerung des Stahlwerkesverbandes.

In der Mitgliederversammlung wurde am Donnerstag beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung eines süddeutschen Werkes, den Verband auf der bisherigen Grundlage bis Mitte des Jahres 1919 zu verlängern.

Die Forderungen, die bisher nicht fruchtbarsten sogenannten B-Produkte ebenfalls unter Vertragsschutz zu stellen, sind gescheitert, weil viele Unternehmen für ihre Kriegsbauten Verleistungen verlangen, die von anderen Unternehmen nicht zugestanden werden mochten.

## Soziales.

### Arbeitsnachweisesfragen.

Man schreibt uns:

In einer Zeit, in der berufene Kreise eifrig bemüht sind, muttergütige Organisationen für die Uebergangswirtschaft zu schaffen, ist man andererseits anscheinend dabei, aus ganz unbedingten Motiven auf dem überaus wichtigen Gebiet des Arbeitsnachweises Verwirrung und Zersplitterung im Industriegebiet Groß-Berlin anzurichten.

Nachdem noch am 1. h. M. eine erfreuliche Einigkeit bei der Auffassung einer Lösung für das Groß-Berliner Arbeitsnachweises seitens der Vertreter der beteiligten Gemeinden erzielt worden war, verläutet neuerdings, daß sich gewisse Sonderbestrebungen einer großen Verbandorganisation die so glücklich in Fluß gekommenen Vorkehrungen erheblich geschädigt werden sollen. — Wenn, wie wir alle hoffen, in absehbarer Zeit der Friede nahe, dann wird kaum eine zweite öffentliche Einrichtung so plötzlich und so umfangreich in Anspruch genommen werden, wie der Arbeitsnachweis. Um seinen überaus schwierigen Aufgaben abdammen gewachsen zu sein, wird er schon heute sorgfältige Vorbereitungen treffen müssen oder er wird kläglich versagen, denn die Verhältnisse, die ihn erwarten, werden ganz neuartige sein. Eines der Hauptgebiete, auf denen der Arbeitsnachweis sich dann wird betätigen müssen, ist der Ausgleich der Arbeitskräfte, eine Regelung von Angebot und Nachfrage, welchem schwierigerem Problem die Bestrebungen des einheitlichen Groß-Berliner Arbeitsnachweises hauptsächlich gewidmet sind.

Der Verband märkischer Arbeitsnachweise in Berlin, der als solcher sich ursprünglich mit der Führung von Arbeitsnachweisen in eigener Regie weniger beschäftigten, sondern mehr die verbandsmäßige Zusammenfassung der Provinznachweise in seine Wirksamkeit einbeziehen sollte, hat sich doch veranlaßt gesehen, im Laufe der Zeit eigene Arbeitsnachweise speziell in Berlin in seinen Tätigkeitsbereich aufzunehmen und so die natürlichen Grenzen seiner Aufgaben zu überschreiten. Siderem Vernehmen nach besteht nunmehr die Absicht, den Verband märkischer Arbeitsnachweise, der bereits von der Provinz Brandenburg subventioniert wird, gänzlich in provinzielle Verwaltung zu übernehmen. Alle die Einrichtungen des Verbandes, die schon jetzt eine unermessliche und unersprießliche Konkurrenz gegenüber dem Arbeitsnachweis der Stadt Berlin bilden, werden dann von der Provinz mit übernommen und besteht somit die Aussicht ihrer quasi Veremigung. Das ist auf den Gebieten der kaufmännischen Stellenvermittlung, der Kriegsbeschädigtenvermittlung, der zwischenrätlichen Vermittlung und des Kräfteausgleichs (Zentralauskunftsstelle) eine ganz unzeitgemäße Dezentralisierung, eine Störung öffentlicher Wohlfahrtsdienrichtungen, deren Bedenklichkeit garnicht ernsthaft genug erwogen werden kann. Dringend wünschenswert wäre jetzt eine reinliche Scheidung der Interessengebiete zwischen der Stadt Berlin und dem Verbands, damit einer Zersplitterung wertvoller Kräfte vorgebeugt werden kann.

Namentlich die Ausgleichsstellen bedürfen dringend praktischer Erfahrung und darum der Einzelarbeit während einiger Monate, wenn sie f. Zt. mit Aussicht auf Erfolg an ihre gewaltigen Friedensaufgaben herantreten sollen. Jetzt ist daher die Zeit vorzuziehen und vorzubauen. Jetzt muß mit starker Hand durchgegriffen werden, um alle Sonderbestrebungen und persönliche Rücksichtnahmen auf dasjenige, was zurückzuführen, das ihnen angebilligt werden kann. Nachher wird es zu spät sein und es wäre belagertwert, wenn die zurückblühenden Arbeitermassen gerade in dem großen Berlin, anhalt eine wohlgerüstete Organisation vorzufinden, die imstande ist, Ersprießliches zu wirken, ein Lobnabohu vorfinden würden, das sich in seinen Einzelmitgliedern entgegenarbeitet und so dem Wohl derer, für die sie arbeiten soll, nur hindernd im Wege steht.

### Jugendveranstaltungen.

Jugendheim Berlin, Lindenstr. 2. Morgen Sonntag, abends 7 Uhr: Lichtbildervortrag „Wanderbilder aus der Welt“ (Vorführung einer Anzahl farbenprächtiger Lichtbilder). Vortragender: Herr B o r o w i t z vom Touristenverein Die Naturfreunde. Einlaß 20 Pf. Gäste willkommen!

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Zunächst ziemlich mild, überlegend bewölkt, im Norden meist geringe, im Süden etwas härtere Regenschauer, später langsame Aufhellung und Abkühlung.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Kuttner, Berlin; für den äußeren Teil des Heftes: Alfred Scholz, Berlin; für den inneren Teil: Theodor Klose, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag S. m. b. G., Berlin, Druck: Vorwärts-Publizistikverlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 2. Preis 1 Heft 10 Pf. und Nachbestellungen.